

Große Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Situation von Studentinnen und Studenten aus Nicht-EU-Staaten im Land Bremen

Seit dem vergangenen Jahr ist das Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie in Kraft. Menschen aus dem nichteuropäischen Ausland können nun zu vereinfachten Bedingungen nach Beschäftigung suchen und Arbeit aufnehmen. Bremen und Bremerhaven mit ihren internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind auf qualifizierte Fachkräfte mit Sprachkenntnissen, interkulturellem Verständnis und Kontakten angewiesen. Zugleich ist Bremen mit seinen Hochschulen ein attraktives Ziel für Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt. Im Vergleich zu deutschen und europäischen Studierenden unterliegen diese jedoch besonderen Bestimmungen, etwa im Aufenthaltsrecht. Zugleich verfügen sie im Vergleich zu heimischen Studierenden meist über weniger gut ausgebaute Netzwerke, auch beim Einstieg in das Berufsleben.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Studierende aus Nicht-EU-Staaten sind derzeit an den Hochschulen im Land Bremen eingeschrieben, und welches sind die häufigsten Herkunftsländer (bitte differenzieren nach Hochschulen)?
2. Hat der Senat Kenntnisse darüber, ob es Studienfächer gibt, die von diesen ausländischen Studierenden bevorzugt gewählt werden? Wenn ja, welche sind das?
3. Welche Deutschkenntnisse werden zu Studiumsbeginn vorausgesetzt bzw. werden bis zum Ende des Studiums vermittelt, um den Anforderungen im Studium und auf dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden?
4. Welche Unterstützung erhalten ausländische Studierende mit Kind? Inwiefern besteht für sie Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen?
5. Wieviele internationale Studierende haben in den letzten fünf Jahren ihr Studium abgebrochen? Welche Kenntnisse hat der Senat, aus welchen Gründen und zu welchen Zeitpunkten das Studium beendet wird?
6. Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es für internationale Studierende im Fall einer finanziellen Notlage, beispielsweise bei Ausbruch eines Konflikts im Heimatland und Wegfall des heimischen Stipendiums?

7. Hat der Senat Kenntnis darüber, wie viele der ausländischen Absolventinnen und Absolventen aus Drittstaaten nach dem Ende ihres Studiums zur Arbeitssuche und -aufnahme in Deutschland verbleiben? Hat sich dieser Anteil in den letzten fünf Jahren verändert?
8. Welche Hilfestellungen erhalten ausländische Absolventinnen und Absolventen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt?
9. Wie ist im Land Bremen der genaue Vorgang bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach dem Studium? Wie werden Absolventinnen und Absolventen sowie die Arbeitgeber darüber informiert?
10. Auf welche Weise unterhalten die Hochschulen Kontakte zu ihren Absolventinnen und Absolventen? Bestehen hierbei besondere Netzwerke, eventuell auch auf Ebene des Bundes?
11. Wie bewertet der Senat solche Netzwerke? Bestehen hierzu auf Bundesebene entsprechende Modelle, etwa in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt? Welche wirtschaftlichen Effekte können für Bremen aus solchen Netzwerken resultieren?

Elombo Bolayela, Elias Tsartilidis, Valentina Tuchel, Björn Tschöpe
und Fraktion der SPD

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Silvia Schön, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN